

Mitteilung zu Beschluss-Nummer 1249/2010/1.1

TOP: Haushaltssatzung 2011

Zur o. g. Beschluss-Nr.

☒ erhalten Sie weitere Anlagen:

Anträge der Politik zum Haushalt:

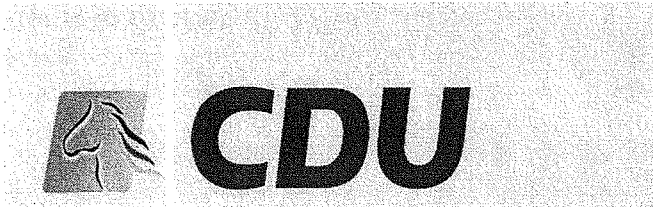
- 2 Anträge der CDU-Fraktion vom 29.11.2010
- 1 Antrag der SPD-Fraktion vom 01.12.2010
- 1 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 02.12.2010
- 2 Anträge der FDP-Fraktion vom 02.12.2010

☐ erhalten Sie eine neue Sitzungsvorlage. Diese ist gegen die alte auszutauschen.

☐ wird mitgeteilt:

Im Auftrag

Harms



- Fraktion im Rat der Stadt Norden -

Vorsitzender:
Wolfgang Sikken

Stellvertreter: Hermann Reinders

Postanschrift:

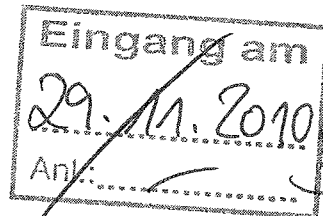
Haferkamp 13, 26506 Norden

Telefon: 04931 5595, Telefax: 04931 5785

Kassenwart: Erika Schmelzle, Tel. 4899

Stadt Norden
- Die Bürgermeisterin -
Am Markt 15

26506 Norden



Bankverbindung
Sparkasse Aurich-Norden
BLZ 28350000, Kto.

Norden, den 29.11.2010

Antrag für Haushalt 2011

Sehr geehrte Frau Schlag!

Wir bitten um Erhöhung der Investitionssumme für die Baukosten für die Anbindung des Neuen Weges an den Südeingang um € 100.000 zu erhöhen.

Begründung:

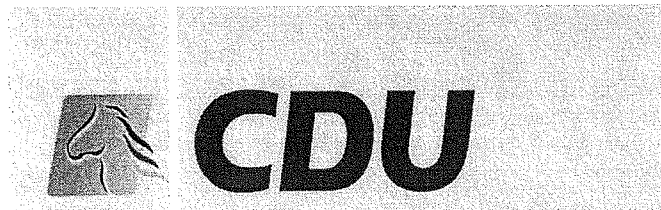
Der Bau des neuen Einkaufszentrum am Südeingang von Norden ist nun in Bau gegangen und soll zum Jahresende 2011 fertig gestellt sein. Die Anbindung sollte dann zeitgleich erfolgen.

Dazu ist bestimmt eine Erhöhung der Investitionssumme für die Baukosten notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

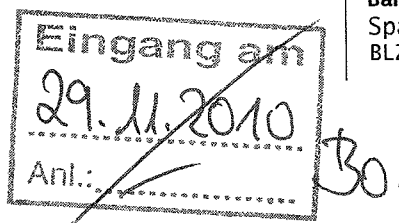
Karlheinz Julius

A. M. W. d. J. u. g. 28-17



- Fraktion im Rat der Stadt Norden -

Stadt Norden
- Die Bürgermeisterin -
Am Markt 15
26506 Norden



Vorsitzender:
Wolfgang Sikken

Stellvertreter: Hermann Reinders

Postanschrift:

Haferkamp 13, 26506 Norden

Telefon: 04931 5595, Telefax: 04931 5785

Kassenwart: Erika Schmelzle, Tel. 4899

Bankverbindung
Sparkasse Aurich-Norden
BLZ 28350000, Kto.

Norden, den 29.11.2010

Antrag für Haushalt 2011

Sehr geehrte Frau Schlag!

Wir bitten um Aufnahme von einem städtischen Zuschuss in den Haushalt 2011 in Höhe von € 10.000 für den vom Behindertenbeauftragten Ulferts geforderten besseren und rollstuhlgerechten Zugang zum Rathaus

Begründung:

Der Zugang für Rollstuhlfahrer in das Rathaus in Norden erfolgt jetzt über den Personal- und Besucher-Parkplatz der Stadt Norden und über den südlichen Eingang ins Rathaus. Das ist ein weiter Weg und für die Behinderten und Rollstuhlfahrer nicht zumutbar.

Wir unterstützen den Antrag des Behindertenbeauftragten und schlagen vor, einen Zugang für Rollstuhlfahrer am seitlichen Eingang des Rathauses zu schaffen. Von dort ist der Weg von den vorhandenen Parkplätzen ins Rathaus dann wesentlich verbessert.

Mit freundlichen Grüßen

Karlheinz Julius



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Norden

SPD-Fraktion – Burggraben 46 - 26506 Norden

An die
Stadt Norden
z. Hd. Herrn Uwe Harms

per mail

Norden, den 01.12.2010

Sehr geehrter Herr Harms,

im Namen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Norden stelle wir folgende Anträge zum Haushalt 2011:

1. Erhöhung des Zuschusses für das Haus der Vereine für die Pflege des Schwanenteiches um 3.000 Euro
2. Aufstockung für den Sozialpass um 1.000 Euro
3. Erhöhung des Zuschusses für das Stadtfest um 5.000 Euro für einheimische Musikgruppen
4. Zuschuss für den SSV Behindertensport in Höhe von 5.000 Euro für die Anschaffung von Judo-Matten
5. Einrichtung von Parkplätzen mit Rasensteinen und der Zufahrt des Kindergarten Westermarsch durch den Baubetriebshof und Erneuerung der Dachrinnen ca. 3.500 Euro
6. Einrichtung von Parkplätzen neben der Sporthalle Süderneuland für die Schule und den Süderneulander Sportverein durch den Baubetriebshof 1.500 Euro

Mit freundlichen Grüßen

gez. *Theo Wimberg*

- Fraktionsvorsitzender -

gez. *Barbara Kleen*

- Fraktionsgeschäftsführerin -

1/ Eingang
08.12.10
(VA)

Bündnis90/Die Grünen
Ratsfraktion Norden

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Große Mühlenstr. 41 26506 Norden

An die
Bürgermeisterin der Stadt Norden

2/Bürgerk.

Große Mühlenstr. 41
26506 Norden
Telefon: 04931 - 4442
Telefax: 04931 - 167 107
E-Mail: gruene.norden@t-online.de
Internet: www.greune-norden.de

Grüne

Betr.: Haushalt 2011

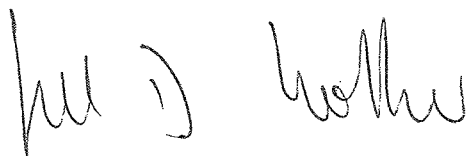
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Hiermit beantragen wir für die

Wiedereinführung/Verbesserung der Verbraucherberatung

€ 5000,- im Haushalt 2011 bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Norden, den 2.12.2010

Gerd-D. Köther, Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Thomas-F. Vor der Brüggen (FDP)

Mitglied im Rat der Stadt Norden



Thomas-F. Vor der Brüggen * Ratsmitglied der Stadt Norden

An die
Bürgermeisterin der Stadt Norden
Frau Barbara Schlag
Am Markt 14/15

26506 Norden

Norden, den 02. Dezember 2010

Antrag für den Haushalt 2011

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schlag,

es wird beantragt, die Unterdeckung des Haushaltes 2011 sowie ggf. künftige Unterdeckungen nicht durch die üblichen Kredite auszugleichen, sondern dies durch die Auflage einer Bürgeranleihe zu tun.

Begründung:

Mit einer Bürgeranleihe sind folgende Vorteile gegenüber Kassenkrediten verbunden:

- Zinskosten für die Stadt sind niedriger als bei Kassenkrediten.
- Zinseinnahmen für die Zeichner sind höher als bei Bankangeboten.
- Die Einlagen sind sicher, da öffentlich verbürgt (Land).
- Die gezahlten Zinsen bleiben in der Region.
- Das Finanzierungsmodell fördert die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt.
- Das Interesse der Bürger an einer sinnvollen und nachhaltigen Verwendung steigt.

Zur weiteren Erläuterung füge ich einen Artikel der Nordsee-Zeitung (Bremerhaven) vom 20. August 2009 „Das Rathaus wird zur Volkssparkasse“ bei.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas-Frank Vor der Brüggen

Das Rathaus wird zur Volkssparkasse

Quickborn. Was ursprünglich eigentlich nur eine Schnapsidee gewesen war, lässt die Rathauskassen wieder klingeln. In Quickborn können die Bürger der Stadt Geld leihen. Es wird mit drei Prozent verzinst und das freut Bürger und Bürgermeister angesichts sonstiger Niedrigzinsen für Einlagen und andererseits höherer Zinsen für Kommunalkredite. Inzwischen liegen in Quickborn so viele Angebote vor, dass die Kämmerin bei vier Millionen Euro erst einmal einen Schlusstrich zog.

Von Gerald Kistner, Andreas Schoener und Gert-Ulrich Hensellek

Die Finanzlage der Stadt im nordwestlichen Hamburger Speckgürtel ist nicht rosig. Angesichts dringend erforderlicher Investitionen für die Schulen meinte ein Bürger Anfang des Jahres, dann würde er eben der Stadt das Geld leihen. Diese Anregung aus der Bürgersprechstunde griff Bürgermeister Thomas Köppl (CDU) zunächst als „Schnapsidee“ auf, fragte dann aber ordnungsgemäß bei der Kommunalaufsicht nach, was dagegen spreche. Nach ausführlicher Prüfung, bei der schließlich sogar die staatliche Bankenaufsicht (BaFin) eingeschaltet wurde, gab es grünes Licht.

Anleger stürmen das Rathaus

Der Bürgermeister gab vorige Woche während einer Pressekonferenz bekannt, dass die Stadt Quickborn Geld von seinen Bürgern annehmen und verzinsen würde. Der Mindestbetrag ist 5000 Euro. Und nach einem Jahr wird das Geld mit drei Prozent Zins zurückgezahlt.

Zusagen über zwei Millionen Euro gingen noch bis zum übernächsten Tag im Rathaus ein. Bürgermeister und Kämmerin konnten diese Resonanz nicht fassen. Damit hatten sie nicht gerechnet. Die Telefone im Rathaus liefen mit Anfragen nicht nur aus der Stadt heiß, berichtete Sprecher Jochen Lattmann. Bei vier Millionen Euro wurde erst einmal Schluss gemacht, obwohl bindende Zusagen in doppelter Höhe vorliegen. Doch die Stadtverwaltung fühlte sich fast überrannt und wollte auch kein volkstümliches Geldanlageinstitut oder Sparstrumpf für ihre Bürger sein.

Dabei profitieren alle von diesem Verfahren, das wenig Verwaltungsaufwand erfordert. 75 Anleger gaben das Geld, mehr als die Hälfte stammt aus Quickborn. Für die Kommune ist dieses Geld günstiger als Kommunalkredite, die als Kassenkredite eingesetzt werden. Dort liegt der Zinssatz gut einen Prozentpunkt höher. Die Bürger profitieren wiederum von einem höheren Zinssatz, als die Geldinstitute für Festgelder mit einjähriger Laufzeit gewähren würden. Und noch etwas kommt beim Quickborner Modell hinzu: Das zurückgelegte Kapital der Bürger versickert nicht irgendwo. Sie können genau sehen, was damit gemacht wird. So gibt es auch eine größere Identifizierung, meint Lattmann. Schließlich kommt dieses Geld unmittelbar dem Stadtbild und den Schulen zugute. Sollten sich allerdings die Zinssätze ändern, könnten die künftig auch nach unten oder oben angepasst werden.

Die Kommunen haben noch einen besonderen Vorteil für die Anleger: Im Gegensatz zu Island oder auch verschiedenen Banken ist das Geld bei ihnen besonders sicher. Wenn eine Gemeinde zahlungsunfähig würde, dann müsste immer noch das Land für die Verpflichtungen bis zum letzten Cent aufkommen. So sind Gebietskörperschaften besonders solvente Schuldner.

Überschaubarer Aufwand

Und auch der Verwaltungsaufwand ist überschaubar und wird von der Kämmererei nebenbei erledigt. Nach Anfrage wird ein Vertrag mit den Details und der Summe übersandt. Dann wird das Geld vom Bürger an die Gemeindekasse überwiesen und nach einem Jahr mit Zinsen wieder ausgezahlt. Eine Schwachstelle hat man in Quickborn gleich beseitigt: Geldwäsche ist nicht möglich. Dafür gibt es die Meldung an das BaFin.

Auch bei der niedersächsischen Landesregierung beurteilt man eine solche Bürgeranleihe durchaus positiv. Wie der Leiter der Kommunalaufsicht im Innenministerium in Hannover sagte, gäbe es keinerlei Vorschriften, wo sich die Kommunen das Geld leihen. Einzig die Gesamthöhe der Kredite ist in der Genehmigung des Haushaltes vorgeschrieben. Die Kommunen dürfen aber nicht etwa zusätzliche Gelder aufnehmen, auch nicht als Bürgeranleihe. Auch müsse die Kreditaufnahme wirtschaftlich sein. Das bedeutet günstige Zinssätze.

Als eine „theoretisch geeignete Möglichkeit, den gemeindeeigenen Kredithaushalt zu schonen“, bezeichnet Wolfgang Neumann, Bürgermeister der Samtgemeinde Land Wursten, die Idee aus Quickborn. Langens Stadtbürgermeister Thorsten Krüger lobt „jede innovative Idee und jeden neuen Weg, der geeignet ist, die Haushaltslage zu verbessern“. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass die Stadt Langen die Herausgabe einer „Stadt-Aktie“ plant, die – vorbehaltlich einer Genehmigung – über die Stadt Langen AG verkauft werden soll.

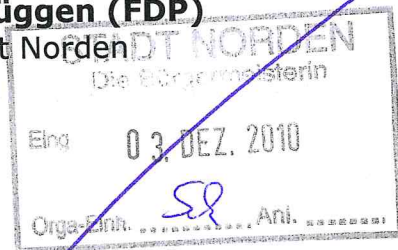
Für Bremerhavens Bürgermeister und Kämmerer Michael Teiser sind die Spargroschen der Bürger keine Alternative, um kommunale Kredite zu vermeiden. „Wir haben einen jährlichen Kreditbedarf von 100 Millionen Euro“, nennt er die Relation. „Das bekommt man mit Kleinbeträgen kaum zusammen.“



Bares nimmt Bürgermeister Thomas Köppl nicht entgegen. Doch so ähnlich muss man sich den unerwarteten Ansturm der Quickborner auf das Rathaus mit Geldangeboten vorstellen. Montage: Palinski

Thomas-F. Vor der Brüggen (FDP)

Mitglied im Rat der Stadt Norden



Thomas-F. Vor der Brüggen * Ratsmitglied der Stadt Norden

3.11.

An die
Bürgermeisterin der Stadt Norden
Frau Barbara Schlag
Am Markt 14/15

26506 Norden

1.11.2 / 200 V
h

Norden, den 02. Dezember 2010

Antrag für den Haushalt 2011

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schlag,

es wird beantragt, dass auf eine Mitfinanzierung durch die Vereinigung der Helfer und Förderer des Technisches Hilfswerkes Norden e. V. wegen der Mitnutzung einer Ausbildungshalle auf dem Gelände des Hilfeleistungszentrums in Norden in Höhe von 10.000 € verzichtet wird. Dieser Finanzierungsanteil zur Herstellung der Ausbildungshalle soll, wie auch schon der Anteil der Freiwilligen Feuerwehr Norden, aus dem Finanzhaushalt gezahlt werden.

Deckungsvorschlag: Bei den Planungs- und Baukosten des HLZ (Produkt HAR HLZ MK) sind gut 60.000,00 Euro nicht benötigt worden. Daraus kann der Mitfinanzierungsanteil der Helfervereinigung übernommen werden.

Begründung:

Wie auch bei der Feuerwehr in Norden gibt es auch beim THW Norden eine gut geführte Jugendabteilung. Es ist jedoch zu bedenken, dass die sinkende Geburtenrate Auswirkungen auch auf die künftige Jugendarbeit des THW in den nachwachsenden Jahrgängen haben wird. Auch verlassen viele Jugendliche des THW und Norden im Alter von 17 bis 21 Jahren aus Gründen einer auswärtigen Berufsausbildung oder wegen der Aufnahme eines Studiums. Durch den kompletten Wegfall des Zivildienstes wird die Zukunft der Einrichtung – auch die der Feuerwehr – ohnehin gefährdet.

Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss hat am 24.08.2010 beschlossen, ein Jugendhaus zu bauen. Es handelt sich bei Feuerwehr und THW jeweils um eine Vereinigung von Norder Bürgern mit hoher Bedeutung in der Jugendarbeit, die in Zuschuss- bzw. Mitfinanzierungsfragen insofern wohlwollend und gleich behandelt werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas-Frank Vor der Brüggen